

Staatskirchenrechtliche Abhandlungen

Band 35

**Die Errichtung des Erzbistums
und der Kirchenprovinz Hamburg
durch Vertrag vom 22. September 1994**

**Ein Beitrag zur Rechtsgeschichte
des Staatskirchenrechts**

Von

Christian Halm



Duncker & Humblot · Berlin

CHRISTIAN HALM

Die Errichtung des Erzbistums
und der Kirchenprovinz Hamburg
durch Vertrag vom 22. September 1994

Staatskirchenrechtliche Abhandlungen

Herausgegeben von

Alexander Hollerbach · Josef Isensee · Joseph Listl

Wolfgang Loschelder · Hans Maier · Paul Mikat · Wolfgang Rübner

Band 35

Die Errichtung des Erzbistums
und der Kirchenprovinz Hamburg
durch Vertrag vom 22. September 1994

Ein Beitrag zur Rechtsgeschichte
des Staatskirchenrechts

Von
Christian Halm



Duncker & Humblot · Berlin

Schriftleitung der Reihe „Staatskirchenrechtliche Abhandlungen“:
Prof. Dr. Joseph Listl, Lennéstraße 15, D-53113 Bonn

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Halm, Christian:

Die Errichtung des Erzbistums und der Kirchenprovinz Hamburg durch Vertrag vom
22. September 1994 : ein Beitrag zur Rechtsgeschichte des Staatskirchenrechts / von
Christian Halm. – Berlin : Duncker und Humblot, 2000
(Staatskirchenrechtliche Abhandlungen ; Bd. 35)

Zugl.: Kiel, Univ., Diss., 1995
ISBN 3-428-09211-2

Alle Rechte vorbehalten
© 2000 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme und Druck:
Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0720-7247
ISBN 3-428-09211-2

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

„Das neue Erzbistum verbindet Menschen aus den alten und den neuen Bundesländern. Seine Errichtung ist deshalb auch ein Beitrag der Kirche zur Herstellung der inneren Einheit unseres Vaterlandes.

Ich wünsche allen Angehörigen Ihres Erzbistums, daß es ihnen gelinge, gerade in der Diaspora Sauerteig zu sein und, gemeinsam mit ihren protestantischen Schwestern und Brüdern, zur geistigen Orientierung im wiedervereinten Deutschland beizutragen.“

(Aus dem Glückwunschschreiben des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl vom 9. November 1994 an Dr. Ludwig Averkamp zu dessen Ernennung zum Erzbischof von Hamburg)

Vorwort

Am 7. Januar 1995 wurde der Bischof von Osnabrück, Dr. Ludwig Averkamp, in der Domkirche St. Marien in Hamburg in sein neues Amt als Erzbischof von Hamburg eingeführt.

Während des feierlichen Einführungsgottesdienstes entstand die Idee, nach Abschluß meines Staatsexamens über die Errichtung des Erzbistums und der Kirchenprovinz Hamburg zu promovieren.

Nur zwei Monate nach der Einführung des Erzbischofs begann damit die juristische Aufarbeitung dieses bedeutenden Ereignisses für die norddeutschen Katholiken.

Erfreulicherweise war mein Doktorvater, Herr Prof. Dr. Hans Hattenhauer, bereit, sich dieses Themas anzunehmen und es auf das Förderlichste zu betreuen, wofür ich ihm meinen herzlichsten Dank ausspreche.

Zu danken habe ich ebenfalls den Kirchenreferenten der beteiligten Länder, die mir Einsicht in die Länderakten gewährt und so die vorliegende Arbeit ermöglicht haben. Zu nennen sind hier die Damen und Herren Jürgen C. Busch (Freie Hansestadt Bremen), Erika Dieckmann (Abteilungsleiterin im Präsidialamt der Freien und Hansestadt Hamburg), Rolf Gallinat (Ministerialrat im schleswig-holsteinischen Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur), Dr. Klaus-Jürgen Hartung (Regierungsdirektor in der Staatskanzlei von Nordrhein-Westfalen), Gert-D. Goller (Leitender Ministerialrat in der Staatskanzlei von Nordrhein-Westfalen), Dr. Gabriele Herlemann (Regierungsdirektorin in der Staatskanzlei von Mecklenburg-Vorpommern), Roland Willems (Regierungsschuldirektor in der Staatskanzlei von Niedersachsen) und Rudolf Wirtz (Leitender Ministerialrat a. D. in der Hessischen Staatskanzlei). Letztere hat sich in besonderer Weise für den Fortgang der Arbeit interessiert und diesen weit über das Erforderliche hinaus gefördert. Deshalb gebührt ihm besonderer Dank.

Die hessische Staatskanzlei in Wiesbaden steht stellvertretend für die Länder, die durch die Veränderungen der Diözesanorganisation (Bistumsgrenzen) und zirkumskription (Kirchenprovinzgrenzen) im Norden und Osten der Bundesrepublik Deutschland indirekt betroffen waren. Ein Besuch der übrigen Staatskanzleien hätte in dieser Frage keine weiteren Erkenntnisse gebracht.

Zu danken habe ich ferner den Herren Eckehardt Doppke (Erzbischöfliches Amt Kiel), Prof. Dr. Wilfried Fiedler (Universität des Saarlandes), Bernd Gaertner (Erzbischöfliches Amt Kiel), Kaplan Michael Höhle (Bonn), Pfarrer Harry Karcz (Ber-

gen/Rügen), Dr. Wolfgang Seegrün (Diözesanarchivar des Bistums Osnabrück), Dr. Axel Vulpus (Ministerialsrat a.D.) und Kaplan Jürgen Wätjer (Hamburg) und für ihre Unterstützung.

Mein besonderer Dank gilt FrI. Ulrike Boehme, MA (Köln) sowie den Herren Dr. Tomas Bauer (München), OStR Ernst Halm (Ottweiler), Jan Hirschbiegel, MA (Kiel) und Dr. Bernhard Strathaus (Münster), die durch ihre zahlreichen Anregungen maßgeblich zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben.

Ferner gilt er FrI. Daniela Beine (Neunkirchen) die den Text in die heutige Form gebracht hat und trotz aller Tücken der Computerprogramme niemals aufgegeben hat.

Bedauerlicherweise hat der Bund (Bundeskanzleramt, Auswärtiges Amt und Bundesministerium des Innern) mir die Akteneinsicht verwehrt und auf die dreißigjährige Sperrfrist auch bei Nachweis eines wissenschaftlichen Interesses verwiesen. Ein erforderliches amtliches Interesse für eine sofortige Akteneinsicht hätte ich nicht nachgewiesen.

Daraufhin habe ich mich an die Chefs der Staatskanzleien der Länder gewandt und diese um die Bestätigung eines amtlichen Interesses an meiner Promotion gebeten. Auf deren Jahreskonferenz am 5./6. 10. 1995 in Magdeburg wurde über diesen Antrag beraten. Zu diesem Zeitpunkt hatten mir bereits einige Länder ein amtliches Interesse an meiner Promotion bestätigt, während andere mit Verweis auf die noch laufenden Konkordatsverhandlungen meinen Antrag auf Akteneinsicht abgelehnt hatten. Damit war die von Sachsen vorgeschlagene einheitliche Antwort durch das Vorsitzland der Ministerpräsidentenkonferenz nicht mehr möglich. Man einigte sich schließlich darauf, die Bestätigung eines amtlichen Interesses letztlich jedem einzelnen Bundesland zu überlassen.

An dieser Stelle sei allen Ländern gedankt, die mich auf diesem Wege unterstützt haben.¹

Leider haben die geschilderten Bemühungen nicht den erhofften Erfolg gehabt. So haben mir die oben genannten Bundesbehörden auch auf meinen zweiten Antrag hin keine Akteneinsicht gewährt. Maßgeblich sei allein das Interesse der jeweiligen Bundesbehörde. Damit werden sich die behördeninternen Überlegungen des Bundes erst in dreißig Jahren nachvollziehen lassen.

Bedauerlicherweise hatte ich auch mit meinem Antrag auf Akteneinsicht bei der Nuntiatur und den beteiligten Bistümern keinen Erfolg. So haben mir der frühere Herr Botschafter des Heiligen Stuhls in Deutschland, Erzbischof Dr. Lajos Kada (Apostolische Nuntiatur Bonn), die Herren Erzbischöfe Dr. Ludwig Averkamp

¹ Dies waren die Freie und Hansestadt Hamburg, die Länder Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, das Saarland, Sachsen und Schleswig-Holstein. Abgelehnt haben meinen Antrag die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Nicht geantwortet haben die Länder Bayern und Bremen.

(Erzbistum Hamburg), Dr. Joachim Kardinal Meisner (Erzbistum Köln), Georg Maximilian Kardinal Sterzinsky (Erzbistum Berlin), Bischof Dr. Josef Homeyer (Bistum Hildesheim) und Weihbischof Theodor Kettmann (damals Diözesanadministrator des Bistums Osnabrück) sowie der Leiter des Erzbischöflichen Amtes in Schwerin, Matthias Crone, die Akteneinsicht mit Hinweis auf die kirchlichen Sperrfristen verwehrt.² Erzbischof Dr. Johannes Joachim Degenhardt (Paderborn) teilte mir mit, in seinem Bistum gebe es keine Akten über die Errichtung des Erzbistums und der Kirchenprovinz Hamburg. Dies ist bemerkenswert, da das Bistum Hildesheim aus seiner Kirchenprovinz aus- und in die Kirchenprovinz Hamburg eingegliedert wurde.

Das Fehlen der Akten des Bundes und der Kirche hat sich auf das Ergebnis der Arbeit wenig ausgewirkt. Die Rechtsstandpunkte des Bundes und der katholischen Kirche sind mir in den Länderakten in Form von Rechtsgutachten und Briefen bekannt geworden und konnten somit vollständig berücksichtigt werden.

Abschließend sei noch meinem Doktorvater an der Philosophischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Herrn Prof. Dr. Werner Paravicini [Deutsches Historisches Institut, Paris], mein Dank ausgesprochen, daß er für diese Arbeit seine eigenen Interessen zurückgestellt hat.

Kiel, im Frühjahr 1996

Christian Halm

² Unbeantwortet blieb meine Anfrage bei Bischof Prof. Dr. Dr. Karl Lehmann als dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz.

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	23
I. Die Neuordnung der Diözesanorganisation und -zirkumskription im Osten und Norden der Bundesrepublik Deutschland	23
II. Aufgabenstellung	24
III. Forschungsstand	24
B. Die Geschichte des Erzbistums Hamburg bis zum Beginn der Verhandlungen zwischen Staat und Kirche	26
C. Vorbereitungen und Vorverhandlungen zur Bistumsgründung	38
I. Die Vorbereitungen	38
II. Verhandlungen mit dem Bund und inoffizielle Vorverhandlungen mit den Ländern	47
III. Die offiziellen Vorverhandlungen der Nuntiatur mit den Ländern	70
D. Exkurs: Die Geltung des Reichskonkordats vom 20. Juli 1933 und des Preußenkonkordats vom 14. Juni 1929 in den betroffenen Ländern	80
I. Die Fortgeltung des Reichskonkordats vom 20. Juli 1933	80
1. „Die alten Länder“	80
2. „Die neuen Länder“	81
II. Die Geltung des Preußenkonkordats vom 14. Juni 1929 bis zum 7. Januar 1995	84
1. „Die Geltung in den norddeutschen Ländern“	84
2. Folgen	92
III. Die Rechtsauffassung der katholischen Kirche	93

E. Die Zuständigkeit des Bundes und der Länder	95
I. Die Rechtsauffassung des Bundes	95
II. Die Rechtsauffassung der Länder	97
III. Eigene Stellungnahme	99
F. Der Notenwechsel mit dem Heiligen Stuhl	101
I. Der klärende Briefwechsel zwischen Hessen und der katholischen Kirche über den „Hessischen Sonderweg“	101
II. Die Verhandlungen	102
III. Die Note des Auswärtigen Amtes	117
IV. Die Gemeinsame Note der Länder	118
G. Die Verhandlungen über den Vertrag zur Errichtung des Erzbistums und der Kirchenprovinz Hamburg	128
I. Die ersten Kontakte	128
II. Die Vorverhandlungen	138
III. Die offiziellen Konkordatsverhandlungen	166
IV. Die Behandlung des Vertrages im Senat der Freien und Hansestadt Hamburg und in den Kabinetten und Landtagen von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein	180
V. Die Ratifizierung	197
VI. Der Austausch der Ratifikationsurkunden	200
VII. Die Amtseinführung am 7. Januar 1995	205
H. Zusammenfassung	207
Literaturverzeichnis (mit Hörfunkbeiträgen)	210
Personenverzeichnis	216
Das Erzbistum Hamburg in Zahlen	218

Anhang

I. Verträge und Gesetze	220
1. Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung von Erzbistum und Kirchenprovinz Hamburg	220
2. Zustimmungsgesetz des Landes Schleswig-Holstein	225
3. Begründung des Landes Schleswig-Holstein zum Vertrag	226
4. Zustimmungsgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern	231
5. Begründung des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum Zustimmungsgesetz	232
6. Begründung des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum Vertrag	233
7. Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg	238
8. Vertragsbestätigung durch Papst Johannes Paul II. (als Vor- und Nachwort zu dem Vertrag)	240
9. Der Entwurf zum Grundlagenvertrag vom 7. 5. 1993	241
10. Der Entwurf zum Vertrag über die Errichtung von Erzbistum und Kirchenprovinz Hamburg vom 7. 5. 1993	243
11. Vollmachten zur Vertragsunterzeichnung und zum Austausch der Ratifikationsurkunden	246
a) Vollmacht für den Apostolischen Nuntius Dr. Lajos Kada	246
b) Vollmachten für den Präsidenten des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, Dr. Henning Voscherau	247
c) Vollmacht für Kultusministerin Steffie Schnoor (Mecklenburg-Vorpommern)	247
d) Vollmacht für die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Marianne Tidick (Schleswig-Holstein)	248
e) Vollmacht für Dr. Knut Nevermann (Hamburg)	248
f) Vollmacht für Herbert Helmrich (Mecklenburg-Vorpommern)	249
12. Die Ratifikationsurkunden	249
a) Der Heilige Stuhl	249
b) Die Freie und Hansestadt Hamburg	250

c) Mecklenburg-Vorpommern	250
d) Schleswig-Holstein	251
II. Verfassungs- und Gesetzestexte	251
1. Weimarer Reichsverfassung	251
2. Grundgesetz	252
3. Länderverfassungen	253
4. Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik – Ländereinführungsgesetz – vom 22. 7. 1990	254
5. Gesetz zum Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 31. 8. 199 (Verfassungsgesetz) vom 20. 9. 1990	254
6. Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen vom 26. 1. 1937	255
7. Dritte Durchführungsverordnung zum Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen vom 13. 3. 1937	256
8. Gesetz über die Sammlung des hamburgischen Landesrechts (RSammlG) vom 22. 1. 1960	256
9. Zweites Gesetz über die Sammlung des hamburgischen Landesrechts (2. RSammlG) vom 23. 6. 1969	257
10. Gesetz über die Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen vom 15. 10. 1973	257
11. Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. 2. 1947	258
12. Codex Iuris Canonici / 1983	259
III. Konkordate	260
1. Vertrag des Freistaates Preußen mit dem Heiligen Stuhl vom 14. Juni 1929	260
2. Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich vom 20. Juli 1933.	262
3. Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhle und dem Lande Niedersachsen vom 26. Februar 1965	264

IV. Der Notenwechsel zwischen dem Heiligen Stuhl, dem Bund und den Ländern ..	265
1. Das Aide-mémoire des Heiligen Stuhls vom 08. 03. 1993 und die Verbalnote Nr. 01.151 vom 04. 05. 1993	265
2. Die Note des Auswärtigen Amtes an die Apostolische Nuntiatur in Bonn vom 11. 11. 1993	265
3. Die Gemeinsame Note der Länder an den Heiligen Stuhl	266
4. Die Note des Heiligen Stuhls an die Länder	267
V. Kirchenrechtliche Quellen	269
1. Protokoll der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz vom 9. – 12. März 1992.	269
2. Protokoll der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz vom 21. – 24. September 1992	270
3. Übereinkunft zwischen dem Bischof von Hildesheim und dem Diözesanadministrator in Schwerin über das Gebiet des ehemaligen Amtes Neuhaus / Elbe vom 1. 2. 1994	272
4. Übereinkunft zwischen dem Bischof von Berlin, Georg Kardinal Sterzinski, und dem Diözesanadministrator in Schwerin, Weihbischof Norbert Werbs, vom 8. 2. 1994	273
5. Dekret der Bischofskongregation Hildesiensis et Sverinensis Prot. Nr. 354/94 vom 7. 4. 1994	275
6. Rückgliederung der Pfarrvikarie Neuhaus/Elbe aus dem Bischöflichen Amt Schwerin in die Diözese Hildesheim am 25. 5. 1995	275
7. Päpstliche Bulle „Omnium Christifidelium spirituale bonum“ über die Errichtung und die Zirkumskription des Erzbistums und der Kirchenprovinz Hamburg.	276
8. Ernennungsurkunde von Bischof Dr. Ludwig Averkamp zum Erzbischof und Metropolit von Hamburg.	278
9. Dekret der römischen Bischofskongregation über die Änderung des Gebiets der Kirchenprovinz Köln	279
10. Protokoll über das Ausscheiden der Diözese Osnabrück aus der Kirchenprovinz Köln und über die Aufnahme in die neuerrichtete Kirchenprovinz Hamburg	279
11. Dekret der römischen Bischofskongregation über die Änderung des Gebiets der Kirchenprovinz Paderborn.	279

12. Übereinkunft zwischen dem Erzbischof von Berlin, Georg Kardinal Sterzinsky, und dem Erzbischof von Hamburg, Dr. Ludwig Averkamp, zum Austausch einiger Gebietsteile zwischen der Erzdiözese Berlin und der Erzdiözese Hamburg in Mecklenburg-Vorpommern vom 23. 2. 1995.	280
13. Protokoll über den Vollzug des Dekrets der Kongregation für die Bischöfe Nr. 287/95 vom 20. April 1995 über den Gebietstausch zwischen der Erzdiözese Berlin und Hamburg.	280
14. Ergänzung der Übereinkunft zwischen dem Erzbischof von Berlin, Georg Kardinal Sterzinsky, und dem Erzbischof von Hamburg, Dr. Ludwig Averkamp, zum Austausch einiger Gebietsteile zwischen der Erzdiözese Berlin und der Erzdiözese Hamburg in Mecklenburg-Vorpommern vom 20. 4. 1995.	281
15. Urkunde über die Zuordnung von früher zum Erzbistum Berlin gehörenden Gebieten vom 19. 10. 1995	281
Sachwortverzeichnis	282

Aktenverzeichnis

I. Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg

[A-HH-I]	AZ: 342.00.1 / 2-I	<i>Römisch-katholische Kirche – Nordbistum – Bischofssitz Hamburg</i>
[A-HH-II]	AZ: 342.00.1 / 2-II	<i>Bundesländer CdS</i>
[A-HH-III]	AZ: 342.00.1 / 2-III	<i>CdS – Gemeinsame Note der Länder</i>
[A-HH-IV]	AZ: 342.00.1 / 2-IV	<i>Verhandlungen Arbeitsebene – 16. 9. 1993 – 21.10.1993 – 30. 11. 1993</i>
[A-HH-V]	AZ: 342.00.1 / 2-V	<i>Erzbistum 15. 2. 1994 (Hamburg)</i>
[A-HH-VI]	AZ: 342.00.1 / 2-VI	<i>Erzbistum 15. 2. 1994 – 21. 2. 1994 (Kiel) – Stand 27. 4. 1993</i>
[A-HH-VII]	AZ: 342.00.1 / 2-VII	<i>Drucksache, Unterzeichnung, Ratifizierung</i>
[A-HH-VIII]	AZ: 342.00.1 / 2-VIII	<i>Römisch-katholische Kirche - Nordbistum {-} Bischofssitz Hamburg</i>
[A-HH-IX]	AZ: 342.00.1 / 2-IX	<i>Restakten – Karsten</i>

II. Staatskanzlei von Mecklenburg-Vorpommern

[A-MV-I]	AZ: 341.3-I	<i>Staatsvertrag: Katho(-) lische Neugliederung</i>
[A-MV-II]	AZ: 341.3-II	<i>Staatsvertrag: Katholische Neugliederung</i>
[A-MV-III]	AZ: 341.3-III	<i>Staatsvertrag: Katholische Neugliederung</i>
[A-MV-IV]	AZ: 341.3-IV	<i>Staatsvertrag: Katholische Neugliederung</i>
[A-MV-V]	AZ: 341.0-I	<i>Allgemeines</i>
[A-MV-VI]	AZ: 341.0-II	<i>Allgemeines</i>
[A-MV-VII]	AZ: 341.0-III	<i>Allgemeines</i>
[A-MV-VIII]	AZ: 341.0-IV	<i>Allgemeines</i>

III. Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Schleswig-Holstein

[A-SH-I]	AZ: 3447-I	<i>Errichtung eines Nordbistums</i>
[A-SH-II]	AZ: 3447-II	<i>Errichtung eines Nordbistums</i>

[A-SH-III]	AZ: 3447-III	<i>Errichtung eines Nordbistums</i>
[A-SH-IV]	AZ: 3447-IV	<i>Errichtung eines Nordbistums</i>
[A-SH-V]	AZ: 3447-V	<i>Errichtung eines Nordbistums</i>
[A-SH-VI]	AZ: 3447-K-I	<i>Kabinettsvorlage I</i>
[A-SH-VII]	AZ: 3447-K-II	<i>Kabinettsvorlage II</i>
[A-SH-VIII]	<i>Handakte: Ratzeburger Dom</i>	
[A-SH-IX]	<i>Handakte: Kirchengeschichte</i>	

IV. Staatskanzlei von Nordrhein-Westfalen

[A-NRW-I]	AZ: I A 1 – 119-7/93-I	<i>Diözesanzirkumskription</i>
[A-NRW-II]	AZ: I A 1 – 119-7/93-II	<i>Diözesanzirkumskription</i>
[A-NRW-III]	AZ: I A 1 – 119-7/93-III	<i>Diözesanzirkumskription</i>
[A-NRW-IV]	AZ: I A 1 – 119-7/93-IV	<i>Diözesanzirkumskription</i>
[A-NRW-V]	AZ: I A 1 – 119-7/93-V	<i>Diözesanzirkumskription</i>

V. Staatskanzlei von Hessen

[A-H-I]	AZ: 47 b 04 13-I	<i>Neuordnung der Diözesangrenzen in Deutschland</i>
[A-H-II]	AZ: 47 b 04 13-II	<i>Neuordnung der Diözesangrenzen in Deutschland</i>
[A-H-III]	AZ: 47 b 04 13-III	<i>Neuordnung der Diözesangrenzen in Deutschland</i>
[A-H-IV]	AZ: 47 b 22 01	<i>Bischöfe allgemein</i>
[A-H-V]	AZ: 47 b 22 03-I	<i>Bischof Bolte, Bd. I</i>
[A-H-VI]	AZ: 47 b 22 03-II	<i>Bischof Bolte, Bd. II</i>
[A-H-VII]	AZ: 47 b 22 / 19	<i>Bischof Dr. Dyba</i>
[A-H-VIII]	AZ: 47 b 22 / 21	<i>Bischof Dr. Kamphaus</i>
[A-H-X]	AZ: 47 b 22 / 17	<i>Bischof Dr. Lehmann</i>
[A-H-XII]	AZ: 47 b 22 05-I	<i>Bischof Volk</i>
[A-H-XIII]	AZ: 47 b 22 05-II	<i>Bischof Volk</i>
[A-H-XIV]	AZ: 47 a 04 / 03	<i>Reichskonkordat / Preußisches Konkordat</i>

VI. Senatskanzlei der Freien Hansestadt Bremen

[A-HB-I]	AZ: 22 – 40 / 11 – 0	<i>Bistümer – allgemein</i>
----------	----------------------	-----------------------------

VII. Staatskanzlei von Niedersachsen

[A-N-I]	AZ: 55019, Bd. 2a	<i>Katholisches Bistum, Nr. 1 / 1 Errichtung eines Nordbistums</i>
[A-N-II]	AZ: 55019, Bd. 2a	<i>Katholisches Bistum, Nr. 1 / 2 Errichtung eines Nordbistums</i>
[A-N-III]	AZ: 55019, Bd. 2a	<i>Katholisches Bistum, Nr. 1 / 3 Errichtung eines Nordbistums</i>
[A-N-IV]	AZ: 55019, Bd. 2a	<i>Katholisches Bistum, Nr. 1 / 4 Errichtung eines Nordbistums</i>
[A-N-V]	AZ: 55019, Bd. 2a	<i>Katholisches Bistum, Nr. 1 / 5 Errichtung eines Nordbistums</i>
[A-N-VI]	AZ: 55019, Bd. 2a	<i>Katholisches Bistum, Nr. 1 / 6 Errichtung eines Nordbistums</i>

VIII. Bundesministerien und katholische Kirche

Akten des Auswärtigen Amtes, des Bundeskanzleramtes, des Bundesinnenministeriums sowie Akten der katholischen Kirche (Vatikan, Apostolische Nuntiatur, Erzbistümer Paderborn, Köln, Berlin, Bistümer Hildesheim, Osnabrück, Bischöfliches Amt Schwerin) wurden nicht eingesehen (siehe Einleitung).

Allein das Gutachten von *Karl-Heinz Schmiemann, Staatskirchenrechtliche Überlegungen hinsichtlich des formellen und materiellen Regelungsbedarfs im Blick auf die Errichtung des Bistums Hamburg (Nordbistum) vom 3. 2. 1993* (zit: *Schmiemann, Überlegungen (1993)*) konnte verwendet werden, da sich dieses in den Akten der Freien und Hansestadt Hamburg befand.

Abkürzungsverzeichnis

A	Akten
AA	Auswärtiges Amt
AAS	Acta Apostolicae Sedis
Abl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
a.F.	alte Fassung
ArchKathKR	Archiv für Katholisches Kirchenrecht
Art.	Artikel
AZ	Aktenzeichen
BA	Bischöfliches Amt
BAM	Bundesaußenminister
BA-S	Bischöfliches Amt Schwerin
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshof in Zivilsachen (Band und Seite)
Bgm	Bürgermeister
BKA	Bundeskanzleramt
BM	Bundesminister
BMI	Bundesministerium des Inneren
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (Band und Seite)
bzgl.	bezüglich
ca.	cirka
CdS	Chef(s) der Staats- und Senatskanzlei(en)
CIC	Codes Iuris Canonici
Diss.	Dissertation
d. h.	das heißt
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
FS	Festschrift
GeschO	Geschäftsordnung
GG	Grundgesetz
GVBl.	Gesetzes- und Verordnungsblatt
HamHG	Hamburger Hochschulgesetz
HB	Freie Hansestadt Bremen
HE	Hessen
Hg	Herausgeber
hg.	herausgegeben
HH	Freie und Hansestadt Hamburg

HRG	Hochschulrahmengesetz
KA	Kirchenamt
KB	Katholisches Büro
KM	Kultusministerium
KNA	Katholische Nachrichtenagentur
LMD	Leitender Ministerialdirigent
LMR	Leitender Ministerialrat
LThK	Lexikon für Theologie und Kirche
masch.	maschinenschriftlich
MD	Ministerialdirektor
MD	Ministerialdirigent
MR	Ministerialrat
Msgr.	Monsignore
MV	Mecklenburg-Vorpommern
MWFK	Ministerium für Wissenschaft und Forschung in Schleswig-Holstein
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NK	Niedersachsenkonkordat
NKZ	Neue Kirchenzeitung
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Niedersachsen
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
o.g.	oben genannt / e / n
OR	Ordinariatsrat
PK	Preußenkonkordat
RD	Regierungsdirektor
RiaLG	Richter am Landgericht
RK	Reichskonkordat
Rn.	Randnummer
RPf	Rheinland-Pfalz
RR	Regierungsrat
S.	Seite
Sa	Sachsen
SA	Sachsen-Anhalt
SH	Schleswig-Holstein
SK	Senatskanzlei
sog.	sogenannt
StA	Staatsarchiv
StK	Staatskanzlei
StS	Staatssekretär
theo.	Theologie

Thü	Thüringen
u. a.	unter anderem
u.v.m.	und vieles mehr
v.	von
WRV	Weimarer Reichsverfassung

A. Einleitung

I. Die Neuordnung der Diözesanorganisation und -zirkumskription im Osten und Norden der Bundesrepublik Deutschland

Drei Jahre dauerten die Verhandlungen zwischen Kirche und Staat. An deren Ende wurden im Osten die bisher bestehende Apostolische Administratur Görlitz und die beiden Bischöflichen Ämter Erfurt-Meiningen und Magdeburg als selbstständige Diözesen errichtet. Das Bistum Berlin wurde zum Erzbistum erhoben. Im Norden Deutschlands entstand ein neues Erzbistum mit Sitz in Hamburg. Von den beiden neuen Kirchenprovinzen wurden der Provinz Hamburg die Bistümer Hildesheim und Osnabrück und der Provinz Berlin die beiden Bistümer Dresden-Meißen und Görlitz zugewiesen. Die beiden neu errichteten Bistümer Erfurt und Magdeburg kamen zur Kirchenprovinz Paderborn. Damit gibt es heute in Deutschland 20 Bistümer und 7 Erzbistümer.

Am 7. Januar 1995 wurde der von Papst Johannes Paul II. ernannte Erzbischof von Hamburg, Dr. Ludwig Averkamp, in sein Amt eingeführt. Mit der Ernennung des 67-jährigen, der zuvor sieben Jahre Bischof von Osnabrück war, wurde Hamburg rund 1150 Jahre nach der Ernennung des heiligen Ansgar zum ersten Erzbischof von Hamburg wieder Sitz eines Erzbischofs.

Das Erzbistum Hamburg umfaßt heute das Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg, das Land Schleswig-Holstein und den Landesteil Mecklenburg des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Mit 32.610 km² ist das Erzbistum Hamburg das flächenmäßig größte Bistum in Deutschland. Ihm gehören 180 Pfarrgemeinden mit ca. 410.000 Katholiken (in Schleswig-Holstein ca. 177.000¹, Hamburg ca. 180.000², Mecklenburg ca. 60.-80.000³), 28 Diakonien, 57 Kolpingfamilien mit etwa 28.000 Mitgliedern sowie 21 katholischen Schulen an. Es gibt 210 katholische Sozialeinrichtungen mit 8700 Plätzen und 6400 Beschäftigten, darunter befinden sich 57 Kindergärten, 26 Alten- und Pflegeheime, 9 Kinderheime und 9 Krankenhäuser. Das Kirchensteueraufkommen wird auf 100 Millionen DM geschätzt. Allerdings sind in dem neuen Erzbistum Hamburg nur 7,5 Prozent der Bevölkerung katholisch.⁴ Dabei steht dem ländlichen Schleswig-Holstein und dem zusätzlich durch 40 Jahre sozialistische Diktatur geprägten Mecklenburg-

¹ 7 % der Bevölkerung.

² 11,3 % der Bevölkerung.

³ 5 % der Bevölkerung.

⁴ Dem Rumpfbistum Osnabrück verblieben ca. 500.000 Gläubige.

Vorpommern die Weltstadt Hamburg gegenüber, die sich unter anderem in der Zusammensetzung der Gläubigen von den beiden anderen Ländern stark unterscheidet. So sind von den 180.000 katholischen Hamburgern 50.000 aus Polen, Kroatien, Italien, Portugal und Spanien. Allein die rund 7.000 Katholiken am Sitz des Erzbischofs in der St. Mariengemeinde in Hamburg setzen sich aus 85 Nationen zusammen.⁵

II. Aufgabenstellung

Diese Arbeit stellt die Errichtung des Erzbistums und der Kirchenprovinz Hamburg aus juristischer Sicht dar. Anhand der eingesehenen Akten wird aufgezeigt, wie die Bistumserrichtung aus juristischer Sicht erfolgte und auf welche Weise die unterschiedlichen Interessen in den Verhandlungen durchgesetzt worden sind. Dabei werden die einzelnen Verhandlungsschritte genau dokumentiert.

Die Arbeit gliedert sich in zwei große Themenbereiche, die jeweils in chronologischer Reihenfolge dargestellt werden. Nach einem Rückblick auf die Geschichte des Erzbistums Hamburg wird der Kompetenzstreit zwischen dem Bund und den Ländern behandelt, der in der Darstellung des Notenwechsels zwischen dem Bund, den Ländern und dem Heiligen Stuhl endet. Anschließend werden die eigentlichen Vertragsverhandlungen zur Errichtung des Erzbistums und der Kirchenprovinz Hamburg zwischen dem Heiligen Stuhl und den Ländern geschildert. In einem Exkurs werden darüber hinaus Ausführungen zur Geltung des Reichs- und des Preußenkonkordats gemacht.

Im Anhang finden sich u. a. ein Verzeichnis der an den Verhandlungen beteiligten Personen und eine ausführliche Dokumentation der maßgeblichen Quellen.

Zur Zitierweise sei angemerkt, daß zu Beginn einer jeden Fußnote die entsprechende Akte angegeben ist, in der sich das Schriftstück findet. Viele Briefe und Entwürfe finden sich in den Akten mehrerer Bundesländer. Auf Parallelverweise wurde verzichtet, um die Anmerkungen knapp wie möglich zu halten.

III. Forschungsstand

Abgesehen von einer lebhaften Diskussion über die Folgen der deutschen Einheit für das Staatskirchenrecht gab es zur Frage der Bistumserrichtung zu Beginn meiner Arbeit keine juristische Literatur. Dies mag zum einen an den langen Sperrfristen für staatliche und kirchliche Akten liegen, zum anderen daran, daß die letz-

⁵ [A-HH-IX]: Rede von Bgm Dr. Voscherau (HH) auf der Feier anläßlich des 100. Kirchweihfestes von St. Marien vom 18. 6. 1993. – Den 180.000 Katholiken stehen 900.000 Protestanten gegenüber. – Insgesamt gibt es in Hamburg 80 verfaßte Glaubensgemeinschaften.

ten Bistumsgründungen mit Ausnahme der Errichtung des Bistums Essen alle vor dem Zweiten Weltkrieg erfolgt sind.⁶ Inzwischen wurden mehrere Aufsätze veröffentlicht, die sich mit der Errichtung der neuen Bistümer beschäftigen. Da sich die Autoren auf öffentlich zugängliche Quellen beschränkten, wurde dieser Arbeit nichts vorweggenommen.⁷

⁶ Die Bearbeitung der Bistumsgründungen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts blieb Historikern und Theologen vorbehalten; so die Bistumsgründungen Meißen 1921 [*Fischer, Wiedererrichtung* (1992)], Aachen 1929 [*Reuter, Wiedererrichtung* (1976)] und Berlin 1930 [*Höhle, Gründung* (1995)].

⁷ Einen Überblick über die Ereignisse geben: *Listl, Staatskirchenrecht* (1995), S. 160–189 (172–178). – *Hollerbach, Vertragsstaatskirchenrecht* (1995), S. 1–12.